



DIE

Magazin der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien – www.ju-sachsen.de

SCHWARZEN SEITEN

**Unsere Ideen für den
Landesparteitag.**

Heft #2 Juni 2019

**#Landesparteitag | Unsere Anträge
für die CDU Sachsen**

**#Kommunalwahl | Wählen ab 16 –
Pro und Contra**

**#NeueRechte | Interview mit
Christian Fuchs**

**#Freundeskreis | Einmal JU'ler,
immer JU'ler**

#Ehrenamt | Aktiv beim DFB

#Europawahl | Die CDU-Geiselnahme

Liebe Mitglieder und Freunde der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien,

mit der Landtagswahl am 1. September 2019 entscheiden wir über die Zukunft unseres Freistaats. Michael Kretschmer und seine neue Regierung machen seit Dezember 2017 deutlich, wie unser Land mit Visionen für die Zukunft, Empathie und Mut gestaltet werden kann. Damit Sachsen zukünftig insbesondere für junge Menschen und Familien noch attraktiver und lebenswerter wird, werden wir gemeinsam alles geben, damit Michael Kretschmer und die Union auch nach dem 1. September Verantwortung für Sachsen tragen.

Wir müssen über die Dinge sprechen, die in der Vergangenheit falsch gelaufen sind, die wir aber korrigiert haben. Vor allen Dingen müssen wir aber auch darüber sprechen, was wir vorhaben. Mit unserem Leitantrag „Wir gestalten unsere Zukunft selbst“ zum Landestag in Chemnitz haben wir gute Ideen entwickelt, wie wir uns das Leben im Freistaat in zehn oder fünfzehn Jahren vorstellen.

Diese Themen müssen wir in den nächsten Wochen noch stärker in den Vordergrund stellen, diskutieren und weiterentwickeln. Es geht darum, dass wir gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land schaffen. Dabei geht es um ausreichend und bezahlbaren Wohnraum in Dresden und Leipzig, genauso wie um die Frage, was wir für junge Menschen tun können, die gerne ein Haus im ländlichen Raum bauen wollen. Wie garantieren wir dort gute Bildung und medizinische Versorgung und wie verbessern wir die Sicherheit im grenznahen Raum?

Gemeinsam mit der Union haben wir gute Ideen für die Zukunft entwickelt. Lasst uns in den nächsten Wochen gemeinsam für Sachsens Zukunft mit Michael Kretschmer und der Union werben!

Euer

Florian





PARTEITAG: UNSERE ANTRÄGE FÜR DIE CDU SACHSEN | S. 4



WÄHLEN AB 16?! | S. 6



NEUE RECHTE: INTERVIEW MIT CHRISTIAN FUCHS | S. 8



ABSCHIEBEMINISTER: HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH, ROLAND | S. 13



FREUNDESKREIS: EINMAL JU'LER, IMMER JU'LER | S. 14



EHRENAMT: AKTIV BEIM DFB | S. 16



KOMMENTAR: DIE CDU-GEISELNAHME | S. 18



BERICHTE AUS DEN KREISVERBÄNDEN | S. 20

IMPRESSUM | Herausgeber taktiker Werbeagentur GmbH, Melanchthonstr. 7 | 01099 Dresden **Im Auftrag von** Junge Union Sachsen & Niederschlesien, Fetscherstraße 32/34 | 01307 Dresden, Mail: post@ju-sachsen.de **Chefredakteur** Hans-Jürgen Rosch, Mail: chefredakteur@ju-sachsen.de **Redaktion** Hans-Jürgen Rosch **Anzeigenleitung** taktiker Werbeagentur GmbH **Autoren** Florian Oest, Jessica Köhler, Hans-Jürgen Rosch, Jan Schuster, Julien Reiter; Johannes Schwenk, Willi Patzelt **KV-Berichte** Franziska Kunze (Bautzen), Johannes Schwenk (Dresden), Stefanie Franzl (Leipzig), Dr. Hagen Schäfer (Meißen), Jan Schuster (Zwickau), Florian Stehl (Nordsachsen), Renzo Di Leo (Chemnitz), Clemens Küche (Görlitz), Benjamin Rosenkranz (SOE) **Fotonachweis** Titel: pixabay @fancycrave1, S. 9: Rowohlt Verlag, S. 10: Stephan Pramme, S. 11: Linda Salicka, S. 12: Rowohlt Verlag, S. 13: Christoph Reichelt S. 14/15: Julien Reiter, S. 16: Julien Reiter, privat, S. 17: @shutterstock.com/Estas, S. 18: privat, fotolia.com/weyo, S. 20: Christoph Wowtscherk, Renzo Di Leo, S. 21: Denny Schneider, S. 22: Dr. Hagen Schäfer, S. 23: Benjamin Rosenkranz, Jan Schuster **Grafiken** S. 6: Designed by Freepik **Vertrieb Print** Junge Union Sachsen & Niederschlesien **Vertrieb Digital** Eigenvertrieb **Druck** Aussiger Druckereien GmbH **Satz/Layout/Titellayout** taktiker Werbeagentur GmbH **2. Auflage** 1.400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikel, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Die Urheberrechte für vom Herausgeber erstellte Anzeigenentwürfe bleiben bei „taktiker Werbeagentur“. Die Schwarzen Seiten erscheinen normalerweise drei Mal im Jahr. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

Unsere Anträge an den 34. Landesparteitag der Sächsischen Union

Auf unserer Kreisvorsitzendenkonferenz am 5. Juni 2019 haben wir unsere Anträge an den Landesparteitag der CDU Sachsen beraten und beschlossen. Hier findet ihr eine Übersicht über unsere, in der wir je nach Umfang auch die Begründung dazugestellt haben. Alle beschlossenen Anträge könnt ihr nach dem Parteitag auf parteitag.cdu-sachsen.de nachlesen.

1. Anpassung des Sächsischen Abgeordnetengesetzes

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Sächsische Union setzt sich für die Anpassung des Sächsischen Abgeordnetengesetzes ein. Im Kern sollen die nachfolgenden zwei Punkte angepasst werden:

- 1) Abgeordneten des Sächsischen Landtages soll es nicht mehr gestattet sein, wenn eine doppelte Parlamentszugehörigkeit besteht (z. B. Landtag und Bundestag), doppelte Grunddiäten zu beanspruchen. Damit soll die Wertschätzung des Mandates gegenüber dem Wähler gestärkt werden, weil eine zweifelsfreie Ausübung von zwei Mandaten nicht sichergestellt werden kann. Das Sächsische Abgeordnetengesetz soll in diesem Fall nach einer Übergangsfrist von drei Monaten vorsehen, dass die Grunddiät des Mandats des Sächsischen Landtages gestrichen wird, so dass nur noch die Grunddiät des weiteren Mandats (z.B. MdB) beansprucht werden kann.
- 2) Abgeordneten des Sächsischen Landtages soll es nicht mehr gestattet sein, parallel als Mitarbeiter anderer Abgeordneter (z.B. MdB, MdEP) angestellt zu werden oder im Umkehrschluss Parlamentsangehörige anderer Parlamente bei sich zu beschäftigen, sofern diese Tätigkeit aus der Mitarbeiterpauschale des Sächsischen Landtages finanziert wird. Die Aufgaben des Abgeordneten sind unvereinbar mit den Aufgaben eines Abgeordnetenmitarbeiters – allein schon aus Gründen des Neutralitätsgebotes. In diesem Zusammenhang entstehen Abhängigkeiten, die im Interesse des Wählers verhindert werden müssen.

2. Beschleunigte Planstellungsfeststellungsverfahren

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Sächsische Union fordert eine zeitlich begrenzte allgemeine beschleunigte Planfeststellung in wirtschaftlich schwachen Regionen. Gerade in diesen Regionen müssen infrastrukturell bedeutende Projekte zeitnah umgesetzt werden und dürfen sich nicht in den juristischen Mühlen verfangen.

Gleichzeitig setzen wir uns für eine umfassende Überprüfung der ausufernden Öffentlichkeitsbeteiligung, im speziellen des Verbandsklagerechts ein. Der systematischen Behinderung und Verzögerung von bedeutenden infrastrukturellen Projekten durch Verbände muss konsequent entgegengewirkt werden.

3. Bauordnung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Sächsische Union fordert die Überführung der Musterbauordnung zu einer einheitlichen Bundesbauordnung. In Folge dessen sollen die einzelnen Landesbauordnungen außer Kraft treten.

Begründung:

Die sächsischen Metropolregionen profitieren seit einigen Jahren vom zunehmenden Zuzug. Der zumeist privat gesteuerte Wohnungsmarkt kann den Bedarf selbst mit größtem Engagement nicht decken. Eine Hauptursache ist in der unterschiedlichen Gesetzgebung der Länder zu suchen: Bundesweit agierende Unternehmen begegnen diesen Herausforderungen durch die Schaffung von einzelnen Teilniederlassungen in jedem Bundesland, durch die sich die Planungszeiträume von bedeutenden Immobilienprojekten um mehrere Jahre verzögern. Die Überführung der Musterbauordnung zu einer einheitlichen Bundesbauordnung schafft deutschlandweit gleiche Bedingungen und reduziert gleichzeitig länderspezifische bürokratische Hürden. Der heimische Markt kann dadurch besonders attraktiv werden.

4. Daseinsvorsorge und Infrastruktur: Förderung von sogenannten „Große Emma Läden“

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fördern die Infrastruktur sowie die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, damit die Nachfrage des täglichen Bedarfs zu Hause im Ort erfüllt werden kann. Dabei unterstützen wir die Kommunen bei der Errichtung von einer zentralen und öffentlichen Einrichtung, die als Treffpunkt und Mittelpunkt des Ortes dient. In diesen Zentren sollen auch die Angebote des täglichen Bedarfs bereitgehalten werden, wie bspw. Geldautomaten oder Postannahmestellen.

Begründung:

Zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen sowie zur Stärkung des ländlichen Raums müssen notwendige Einrichtungen der Daseinsvorsorge vor Ort sichergestellt werden.

5. Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum im ländlichen Raum von jungen Familien

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Erwerb eines Grundstücks bis 250.000,00 Euro soll für das erste selbst genutzte Eigentum von jungen Familien im ländlichen Raum von der Grunderwerbsteuer freigestellt werden.

Begründung:

Im bundesweiten Vergleich hat Sachsen die geringste Wohneigentumsquote. Wohneigentum ist der beste Schutz gegen Altersarmut und wirkt stärkend auf die Heimatverbundenheit. Deshalb möchten wir jungen Familien mit dieser Maßnahme die Schaffung von Wohneigentum im ländlichen Raum erleichtern.

6. Förderung bei Schaffung von Wohnraum und Bildung von Wohneigentum

Der Landesparteitag möge beschließen:

Unser Ziel ist es, den Bau von Wohnraum zu fördern und dadurch sowohl bezahlbare Mietwohnungen auch in den Metropolregionen als auch die Bildung von selbst genutztem Wohneigentum noch stärker zu ermöglichen. Der Bau von Sozialwohnungen führt zur Entwicklung sozialer Ghettos und schafft nicht ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum, insbesondere bei niedrigen Einkommen. Deshalb lehnen wir die Förderung und den Bau von Sozialwohnungen als wohnungsbaupolitische Maßnahme ab.

Wählen ab 16?! Pro und Contra.

In einer Pressemitteilung forderte unser Landesvorsitzender Florian Oest für Sachsen die Senkung des Mindestwahlalters für Kommunalwahlen auf sechzehn Jahre zu senken. An dieser Stelle lassen wir unsere Mitglieder sowie ihre Argumente für und gegen diese Forderung sprechen.

PRO

Jugendbeteiligung findet in Sachsen bereits heute auf vielen Wegen statt. Die Beteiligung junger Menschen ist in manchen Kommunen und Landkreisen gelebte Praxis. Es gibt zum Beispiel Jugendparlamente und Jugendbeiräte mit unterschiedlichen Formen der Beteiligung in politischen Prozessen, es gibt den Landesschülerrat, der aktiv bei Jugendthemen Haltung zeigt und es gibt nicht zuletzt die politischen Jugendorganisationen der Parteien. Als Junge Union Sachsen haben wir uns in den vergangenen Jahren unter anderem für die Eigenständige Jugendpolitik stark gemacht. All unsere Papiere und Aktionen spiegeln unsere Sicht als junge Generation der Sächsischen Union wider.

Erst im Dezember 2017 hat der Sächsische Landtag das Zweite Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalwahlrechts beschlossen, in dem es heißt, „die Gemeinde/der Landkreis soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu soll die Gemeinde/der Landkreis geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.“ Liest man die Verfassung des Freistaates Sachsen, so ist dort laut Artikel 101 die Jugend „zu sittlichem und politischem Verantwortungsbewusstsein, zu Gerechtigkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen (...) und zu freiheitlicher demokratischer Haltung zu erziehen.“

Man kann also nicht davon sprechen, dass junge Menschen auf dem Papier nicht eingebunden werden. Dennoch ist die Jugendbeteiligung vor Ort stark abhängig von den jeweiligen Beteiligten und der gegenseitigen Akzeptanz. Ohne Frage können gut organisierte Jugendliche mit großem Interesse und noch größerem Engage-

ment bereits heute viel bewegen – umso mehr stellt sich die Frage, warum man ihnen dann nicht auch das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen ab dem 16. Lebensjahr zuspricht.

Gerade als Junge Union sollte es unsere Aufgabe sein, junge Menschen für Politik zu begeistern und sie nicht davon fernzuhalten. Lasst uns mutig neue Wege gehen und junge Menschen weiter einbinden. Die CDU war immer dann stark, wenn sie vorangegangen ist und gezeigt hat, dass sie bereit ist, mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten. Lasst uns das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken. Wir sind fest davon überzeugt, dass ein hinreichend großer Anteil der heute 16-jährigen in der Lage ist, sich sachkundig an Kommunalwahlen zu beteiligen.

Die CDU bezeichnet sich als Volkspartei und einem Volk gehören auch junge Menschen an. Wenn wir unserem Anspruch also weiterhin genügen möchten, sollten wir schauen, dass wir die Ansichten der jungen Generation in unsere inhaltliche Ausrichtung aufnehmen und sie so kommunizieren, dass sie dort auch ankommen.

Mit Blick auf die immer älter werdende Gesellschaft ist die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre längst überfällig. Sie ist die richtige Antwort auf die wachsende Zahl älterer Wähler (ausgelöst durch den demografischen Wandel) und sorgt für einen Interessenausgleich der Generationen. Das Wahlalter von 16 Jahren gibt Jugendlichen ein Mitbestimmungsrecht bei politischen Entscheidungen, die sie oft später selbst betreffen. Außerdem können Jugendliche frühzeitig für Politik interessiert werden, sich mit der Demokratie identifizieren und sich dafür engagieren. Das ist es, was wir wollen und was für die Zukunft nötig ist.

CONTRA

Im Zuge der Proteste um „Fridays for Future“ und „Artikel 13“ ist die Junge Union dazu angehalten, eigene klare Positionen zur Berücksichtigung jugendlicher Belange in der Politik zu entwickeln und diese in der öffentlichen Debatte zu vertreten. Wir müssen als Junge Union festhalten, dass unsere Positionen für den Beschlussfassungsprozess zur europäischen Urheberrechtsreform in CDU/CSU nahezu keinerlei Berücksichtigung fanden.

Ein Impuls zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre wurde von der SPD-Spitzenkandidatin zur Europawahl, Katarina Barley, im Kontext der freitäglichen Schüler-Proteste gegeben. Als Union grenzten wir uns in der Vergangenheit klar und geschlossen von dieser Position ab, die nach aktuellen Meinungsumfragen genauso von der Mehrheit der Deutschen nicht befürwortet wird. In Anbetracht der zunehmenden Beliebtheit der Union besteht jedoch die Gefahr, dass sie auch zu dieser Frage ihre Position aufgibt und zur weiteren Vereinheitlichung der inhaltlichen Parteiprofile beiträgt.

Es spricht viel für die Beibehaltung des Wahlrechts ab 18: Mit Vollendung des 18. Lebensjahres – der Volljährigkeit – ist man nach dem deutschen Rechtssystem berechtigt, vollumfänglich eigenverantwortlich am Rechtsverkehr teilzunehmen. Die Herabsetzung des Wahlalters bei gleichzeitiger Vorenthaltung übriger Rechte und Pflichten der Volljährigkeit wäre inkonsequent.

Zudem stellt die Volljährigkeit einen logischen Anknüpfungspunkt für das Wahlalter dar. Eine Herabsetzung auf 16 Jahre wäre insofern willkürlich, als dass man mit den angeführten Argumenten auch eine weitere Herabsetzung auf 15 oder 14 Jahre begründen könnte.

Ein zunehmendes Problem bei der politischen Meinungsbildung stellt die Fülle an Falschinformationen und Halbwahrheiten dar, die mittlerweile überall und jederzeit zu finden sind. Es bedarf einem gewissen Grad an menta-

ler Reife, um Darstellungen kritisch zu hinterfragen und nicht jedem blauhaarigen Youtuber sofort ins Netz zu gehen. Ob man über diese Reife schon mit 18 Jahren verfügt, ist fraglich, aber im Alter von 16 Jahren deutlich unwahrscheinlicher.

In Betrachtung der gegenwärtigen Lage könnte man annehmen, dass in der jungen Generation ein steigendes politisches Interesse und damit verbundenes Engagement zu verzeichnen ist. Bestehende Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche werden hingegen kaum angenommen, was eher gegen ein Interesse an tatsächlicher politischer Teilhabe spricht. Die diesjährige Wahlbeteiligung von rund 3,5 Prozent bei der Wahl des Zwickauer Jugendbeirates und von rund 7,6 Prozent bei der Wahl des Leipziger Jugendparlaments seien hierfür exemplarisch genannt.

Jedoch wäre es zu einfach Minderjährigen ihre Versäumnisse der Vergangenheit vorzuhalten. Der Ansatz der Jungen Union muss daher vielmehr sein, alle Jugendlichen zur politischen und gesellschaftlichen Beteiligung einzuladen und auf gute Bedingungen für ein ehrenamtliches Engagement innerhalb und außerhalb der jugendpolitischen Gremien hinzuwirken. Dazu sollte den Jugendbeiräten und Jugendparlamenten mehr Entscheidungskompetenz eingeräumt werden, denn dies sind die bewährten Orte der politischen Teilhabe. Wenn sie von den Jugendlichen nur unzulänglich genutzt werden, muss man unterstellen, dass nur wenig Interesse an der Teilnahme an Wahlen herrscht.

Das oberste Ziel für die Junge Union muss lauten, den Jugendlichen eine Plattform zu bieten. Diese ist jedoch nur attraktiv, wenn wir uns mit unseren Standpunkten gegenüber der CDU/CSU auch durchsetzen können. Die schlechten Ergebnisse zur Europawahl bei den unter 30-jährigen sollten uns dafür deutliche Rückendeckung geben.

Contra – von Jan Schuster und Julien Reiter

DAS NETZWERK DER NEUEN RECHTEN

Für ihr Buch sind Christian Fuchs und Paul Middelhoff durch Deutschland und Europa gereist und haben die wichtigsten Protagonisten der neurechten Szene getroffen. Während der Recherche wurden sie bedroht, angelogen und gerieten in Shitstorms einer rechten Trollarmee. Über die Ziele der Bewegung, ihre Hintergründe und Methoden sprach Christian Fuchs in Leipzig mit unserem Chefredakteur Hans-Jürgen Rosch.

In eurem Buch geht es viel um Propaganda-Mechanismen. Die Neue Rechte rollt zum Beispiel Banner am Brandenburger Tor in Berlin aus, was sehr einer Greenpeace-Aktion gleicht. Hat die Neue Rechte bereits die Strukturen, um so gesteuert zu agieren oder sind das nur die Aktionen Einzelner?

Ich muss grundsätzlich sagen, dass es die Neue Rechte schon seit den 1950er-Jahren gibt. In dieser Zeit wurden die ersten Theoriewerke geschrieben. Mit Pegida 2014 oder Thilo Sarrazins Buch 2010 hat sie es geschafft, Menschen, die asylikritisch sind, emotional zu erreichen und sie dazu gebracht, sich der Bewegung anzuschließen.

Viele der Strategen, die heute die AfD beraten, die Verlage führen, die Magazine herausbringen, sind schon seit vielen Jahrzehnten aktiv, haben es aber nie geschafft, so viel Aufmerksamkeit zu erreichen. Das ist lange Jahre strategisch vorbereitet, gewollt und geplant. Genauso sind auch die Propaganda-Strategien von langer Hand erdacht und vorbereitet.

Eine Taktik ist zum Beispiel, Kritiker mundtot zu machen. Jeder, der die Neue Rechte kritisiert ist automatisch ein Feind. Das ist antidemokratisch, denn es gewinnt nicht das beste Argument, sondern sie haben einfach Recht und was sie sagen, gilt. Ein Ansatz dafür sind Trollarmeen, die Menschen, die sich im Internet öffentlich rechtskritisch äußern, einschüchtern.

Eine andere Taktik sind Guerilla-Aktionen, um mediale Aufmerksamkeit zu bekommen. Zum Beispiel das angesprochene Plakat am Brandenburger Tor. Sowas macht Greenpeace seit vierzig Jahren. Und sie haben einfach das Internet verstanden. Sie schaffen es in kleinen Gruppen mit vielen Fakeaccounts eine große Masse darzustellen.

Können Volksparteien davon lernen? Und sollten sie das?

Man sieht ja, dass die AfD – die nicht per se neurechts ist,

aber deren neurechter Flügel immer stärker wird – die erfolgreichste Partei auf Facebook ist. Sie hat mehr als doppelt so viele Follower wie die CDU. Das schafft sie durch populistische Inhalte, durch Polarisierung und dadurch, dass sie einfach neue Dinge ausprobiert. So haben sie sich eine große Basis aufgebaut und brauchen die klassischen Medien gar nicht mehr, um ihre Anhänger zu erreichen.

Ähnliches versuchen die Volksparteien mittlerweile auch umzusetzen. Zum Beispiel durch einen Newsroom, wie Annegret Kramp-Karrenbauer es angekündigt hat. So soll ein eigenes mediales Ökosystem aufgebaut werden. Ich hoffe aber sehr, dass die Volksparteien sich die Polarisierung und Zuspitzung von Inhalten nicht anschauen. Es soll weiterhin um den offenen Diskurs gehen und nicht um reine Provokation. Das wäre der Demokratie sonst sehr abträglich.

Es war also richtig, wie die CDU-Parteizentrale auf das Rezo-Video geantwortet hat? Sie hat den Diskurs in klassische Bahnen gelenkt und von Zuspitzung und Polarisierung abgesehen?

Da bin ich überfragt. Ich bin Journalist und kein Politstrateg oder Wahlkämpfer. Ich denke aber, dass alles was der rhetorischen Abrüstung dient, gut ist für die Demokratie. Man sollte den Diskurs in ruhige Fahrwasser bringen, gemeinsam ins Gespräch kommen und sich in den sozialen Medien nicht angreifen.

Ihr sprecht in eurem Buch von einem Netzwerk der Neuen Rechten, bestehend aus Intellektuellen, Influencern, Verlagen, Magazinen und Stiftungen. Hat die CDU solche Strukturen aus Deiner Sicht auch? Und wenn nicht, sollte sie versuchen, sie aufzubauen?

Es gibt für mich zwei gegensätzliche Pole. Auf der einen Seite ist die Neue Rechte, die versucht, die Demokratie

abzuschaffen und einen autoritären Staat aufzubauen. Wenn man ihre internen Strategiepapiere, ihre Whatsapp-Chats, ihre Facebook-Chats liest und Ernst nimmt, ist es ihr Ziel, unsere liberale, plurale und offene Gesellschaft abzuschaffen.

Auf der anderen Seite stehen achtzig Prozent unserer Gesellschaft als Unterstützer der Demokratie und da gehört die CDU ohne Zweifel dazu. Diese Netzwerke, nach denen Du fragst, gibt es auf dieser Seite schon lange. Es gibt diese Stiftungen, es gibt diese Verlage, es gibt diese Medien. Alles, was im Rahmen der Verfassung agiert und seit 1949 in der Bundesrepublik Deutschland aufgebaut wurde, gehört dazu und existiert bereits.

Neu ist, dass die Neue Rechte versucht, eine Parallelgesellschaft aufzubauen und damit die etablierten Organisationen anzugreifen und in Frage zu stellen. Darauf darf man nicht reinfallen und muss sich auf seine Stärken konzentrieren. So hat zum Beispiel vor wenigen Jahren die neurechte PR-Agentur Ein Prozent eine patriotische Gewerkschaft gegründet. Die etablierten Gewerkschaften waren daraufhin extrem aufgebracht, haben Veranstaltungen dagegen organisiert und Broschüren über die „Gefahr“ veröffentlicht. Die Angst vor dieser rechten Arbeitnehmervertretung wurde in vielen großen Medien verbreitet, sie haben dem Thema damit eine sehr große Aufmerksamkeit beschert.

Am Ende sind von 180.000 Betriebsräten, die in Deutschland gewählt wurden, zwanzig von der neurechten Gewerkschaft gewählt worden – ein vernachlässigbarer Teil, der überhaupt

keine Auswirkung hat. Dennoch wurden allein durch die Ankündigung alle vor sich her getrieben und ein wahn-sinniger Hype erzeugt.

Wenn man diesbezüglich runterkühlen würde und sagt, das ist ein kleiner Haufen von Wichtigmachern, die man einfach nicht so Ernst nehmen sollte, wäre schon viel erreicht. Stattdessen sollte man sich auf die eigenen Stärken konzentrieren. Das ist etwas, was ich auch den Parteien seit vielen Jahren immer wieder sage.

Ich verstehe nicht, warum seit gefühlt fünf Jahren ein Thema die öffentliche Debatte dominiert, das die Neue Rechte erst groß gemacht hat. Für Pegida und die AfD ist die Migrationsfrage das einzige Thema. Das man dort immer hinterhergehechelt ist und keine eigenen Themen und Visionen wie zum Beispiel Digitalisierung, demographischer Wandel, Pflegenotstand oder Umweltschutz gesetzt hat, verstehe ich nicht. Mit den Klimawandel-Protesten der vergangenen Wochen sehe ich zumindest ein neues Thema, dass die Migrationsfrage von der Agenda verdrängt hat.



Genau das hat die CDU im Bundestagswahlkampf 2017 doch probiert. In den Reden der Bundeskanzlerin und in der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgeschäftsstelle wurde versucht, die Aufmerksamkeit auf die vielen anderen relevanten Themen zu lenken.

Wenn die CDU eine überraschende Wende macht, dominiert sie auch die Medien. Als Angela Merkel nach dreißig oder vierzig Jahren parteiinterner Diskussion aus der Atomkraft

ausgestiegen war, hatte ihr das wahnsinnig viele Überschriften gebracht. Das war polarisierend, das war schräg, das war überraschend und darum geht es.

Man kann aber nicht ständig aus der Atomenergie austreten.

Nein, natürlich nicht. Aber man kann sich auch zu anderen Themen, die sehr emotional sind, positionieren.

Wenn die CDU jetzt also große Schritt beim Klimaschutz macht, ist die AfD Geschichte?

Ich glaube ja. Die AfD hat keine andere Antwort darauf, außer zu sagen, dass es keinen menschengemachten Klimawandel gibt. Dafür haben sie sogar ein hochgradig unseriöses Institut gegründet. Damit erreicht man vielleicht die zehn Prozent der ewig gestrigen unserer Gesellschaft, aber keine Mehrheiten.

Du meinst also, man sollte diese Partei analysieren und benennen, um sie zu entzaubern, aber nicht ständig über ihre Themen reden?

Genau. Man sollte sich nicht auf ihr Narrativ einlassen, sie nicht ihre Themen setzen lassen und ihre Provokationen ignorieren. Das Schlimmste, was der Neuen Rechten passieren kann, ist, dass sie nicht wahrgenommen wird.

Ein Großteil der Institutionen der Neuen Rechten ist in den ostdeutschen Bundesländern angesiedelt. Die von euch angesprochene patriotische Gewerkschaft sitzt im sächsischen Oybin, in Halle (Saale) gibt es das Haus „Flamberg“, in Schnellroda sitzt das Institut für Staatspolitik. Das Geld und die führenden Köpfe stammen aber zum großen Teil aus den westdeutschen Bundesländern. Fallen alte Gedanken hier auf fruchtbaren Boden?

Ja. Von den Hetzern, den Strategen, den Leuten, die die Neue Rechte wirkmächtig gemacht haben, sind neunundneunzig Prozent Westdeutsche. Warum sich so viele der Personen in

den vergangenen Jahren hier im Osten angesiedelt haben, liegt erstens daran, dass die Immobilien relativ günstig zu haben sind. Und zweitens daran, dass es nach 1990 verpasst wurde, eine Zivilgesellschaft im Osten zu etablieren. Der Westen hatte bis zur Wiedervereinigung dazu vierzig Jahre Zeit und auf dem platten Land im Osten fehlt dies in vielen Regionen.

Die Idee der westdeutschen Politiker, wie zum Beispiel Helmut Kohl, war, dass man wirtschaftlichen Aufschwung

schaftt und die Leute dann automatisch Demokratie lernen. Ähnlich verlief es ja nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen mit dem Wirtschaftswunder. Dass die Menschen hier aber seit siebzig Jahren in totalitären Staaten gelebt haben und nicht einfach von heute auf morgen Demokraten werden können, wurde nicht bedacht. Hinzu kommt, dass viele Menschen durch die Treuhand ihren Job oder einen Großteil ihres Geldes verloren haben. Von wirtschaftlichem Aufschwung konnte also nicht die Rede sein. Heute ist man natürlich klüger. Damals konnte man das nicht kommen sehen oder es wurde zumindest nicht bedacht und das ist jetzt die Quittung.

So sagt Götz Kubitschek zum Beispiel, dass er das, was er

in Schnellroda macht, im Westen nicht machen könnte. Dort würden sofort ein aufgebrachter Kirchenvorstand oder eine Gymnasiallehrerin auf die Barrikaden gehen. In Schnellroda gibt es sowas zum Beispiel nicht. Ich war ein paar Mal dort und die Leute wollen einfach ihre Ruhe haben. Die Menschen sind nicht politisch, aber sie sind auch keine Rassisten. Sie sagen, dass sei schon ok und er mache ihnen keine Sorgen, also lassen sie ihn gewähren.

In einem Interview hast Du über eine Pendelbewegung der Gesellschaft gesprochen. Die 68er waren eine Pendelbewegung nach links und jetzt geht es nach rechts. Was denkst



Christian Fuchs arbeitet für das Investigativ-Ressort der ZEIT. Zuvor hat er dem Rechercheverbund von NDR und Süddeutscher Zeitung angehört. Seit über einem Jahrzehnt beschäftigt er sich intensiv mit Rechtsextremismus. Er zählte bereits mehrfach zu den "Journalisten des Jahres". Bei Rowohlt erschienen von ihm gemeinsam mit John Goetz „Die Zelle“ und der Bestseller „Geheimer Krieg“.

Du, wie weit das Pendel noch nach rechts ausschlagen wird?

Das ist schwer zu beantworten. Es liegt vor allem an dem demokratischen Teil der Gesellschaft und was er zulassen wird. Die Heftigkeit, in der diese politische Rückwärtsrolle stattfindet, ist viel krasser, als das, was 1968 nach links passiert ist. Es gab damals eine soziale Bewegung, eine Friedensbewegung, eine Frauenbewegung und eine Umweltbewegung, der die Grünen entsprungen sind. Von der 68er-Bewegung bis zur Gründung der Partei Die Grünen im Jahr 1980 hat es zwölf Jahre gedauert. Die AfD hat diesen Prozess viel schneller geschafft. Die sozialen Medien waren ein großer Beschleuniger und haben den Neuen Rechten eine große Wirkmächtigkeit beschert.

Vom Aufkommen der rechten sozialen Bewegung Pegida bis zum Einzug der AfD in den Bundestag hat es nur drei Jahre gedauert. Vom Entstehen der linken sozialen Bewegung der Sechziger Jahre bis zum Einzug der Grünen in das Hohe Haus hat es fünfzehn Jahre gedauert. Die Dynamik und die Radikalisierung der neurechten Strukturen laufen viel schneller als damals. Daher weiß ich nicht, ob man davon ableiten kann, ob eine Gegenbewegung auch schneller kommt. Mir bereitet es aber durchaus Sorgen, dass die Neue Rechte so schnell so stark geworden ist.

Ich sehe aber auch noch einen anderen bedeutenden Aspekt. Die Neue Rechte greift bewusst alle Errungenschaften der vergangenen siebzig Jahre an und versucht sie rückgängig zu machen. Daher sehe ich weniger eine Pendelbewegung von links nach rechts sondern viel eher einen Angriff von rechts auf unsere demokratische Gesellschaft.

Kommen wir auf die Finanzierungsstrukturen der Neuen Rechten zu sprechen. Die Geschehnisse in Österreich zeigen, wie es zugehen kann. Was für Finanzierungswege bestehen in Deutschland und mit welchen Summen wird hier gearbeitet?

Was wir sagen können, ist dass es drei große Arten der Fi-

nanzierung der Neuen Rechten gibt. Die Anschubfinanzierung lief zum großen Teil über westdeutsche Multimillionäre – Unternehmer, die den Prototypen eines „alten, weißen Mannes“ darstellen. Ein Teil des Geldes wurde offiziell gespendet, der Großteil aber über Tarnvereine, wie zum Beispiel den Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten aus Stuttgart. Über diesen Verein floss ein zweistelliger Millionenbetrag anonym in die AfD-Wahlkämpfe seit 2016. Das ist illegale Parteienfinanzierung. Diese Großspenden sind aber nur ein Teil der Finanzierung.



Paul Middelhoff ist Investigativ-Reporter im Politik-Ressort der ZEIT. Nach der Ausbildung an der Henri-Nannen-Journalistenschule berichtete er für ZEIT ONLINE aus Washington D.C. Seit zwei Jahren beschäftigt er sich intensiv mit der AfD und den Neuen Rechten.

Der zweite Teil ist mittlerweile die staatliche Parteienfinanzierung sowie die Gelder, die für Mitarbeiter in den Parlamenten zur Verfügung stehen. Viele Identitäre und rechte Burschenschaftler sitzen im Bundestag und in den Landtagen als Mitarbeiter und lassen ihre Gehälter zurück in die rechte Szene fließen. Und es werden neue Stiftungen und Vereine gegründet, die staatliche Gelder für politische Bildungsarbeit erhalten. Dieser zweite Teil macht mittlerweile den größten Teil der Einkünfte der Neuen Rechten aus.

Der dritte Teil sind Kleinspender. Es gibt viele Menschen aus den zwanzig Prozent der Gesellschaft, die den rechten Rand unterstützen und jeden

Monat zehn bis fünfzehn Euro an die AfD spenden.

Was muss eine Demokratie aushalten? Es gibt Linksextremismus, es gibt Rechtsextremismus. Wie weit muss ein demokratischer Staat sich das gefallen lassen?

Alles was direkt oder indirekt unser Grundgesetz angreift, muss hart verfolgt und geahndet werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, wie in den 1990er-Jahren, dass Nazis denken, dass ihre Weltanschauung Konsens sei und Organisationen wie der NSU entstehen. Deshalb muss man diesen Strukturen so früh wie möglich entgegenwirken.

Beim Trauermarsch der AfD in Chemnitz waren Leute dabei, die wenige Wochen später vom BKA verhaftet wurden. Ihnen

wurde die Gründung der Terrorzelle „Revolution Chemnitz“ vorgeworfen und sie wurden ideologisiert und radikalisiert durch die Neue Rechte.

Sind alle AfD-Wähler Anhänger oder Mitglieder der Neuen Rechten?

Nein. Es gibt verschiedene Gründe, warum die Menschen AfD wählen. Insgesamt hat die AfD in Gesamtdeutschland laut Erhebungen ein Wählerpotential von zwanzig Prozent. Ein Teil davon ist durch die Eskapaden der vergangenen Monate aber wohl nicht mehr bereit, die AfD zu wählen und wird sich eher wieder den bürgerlichen Parteien zuwenden.

Ich schätze, dass fünf Prozent unserer Gesellschaft Rassisten sind oder zumindest rassistische Einstellungen haben. Das ist ein Bodensatz, den jede Gesellschaft hat.

Und der dritte Teil sind Ostdeutsche, die sich nicht gehört gefühlt haben. Sie fühlen sich kulturell abgehängt – nicht ökonomisch – und haben jetzt gemerkt, dass man sich durch Provokation die Aufmerksamkeit der westdeutsch geprägten Mehrheitsgesellschaft verschaffen kann. Diese Leute muss man versuchen, wieder in das demokratische Parteienspektrum zurückzuholen.



Du hast Interesse am Buch gefunden und möchtest es gerne lesen? Wir haben drei Exemplare zur Verlosung erhalten.

Schreibe uns bis zum 01. August 2019 eine Mail mit Deinem Namen und der Adresse, an die das Buch gesendet werden soll an presse@ju-sachsen.de. Die Teilnehmer werden dann in den Folgetagen benachrichtigt.

ANZEIGE

SEMINARREIHE

BKS

 Bildungswerk für
Kommunalpolitik
Sachsen e.V.

Collegium regional – Wissen vor Ort

- Grundlagen der Kommunalpolitik
- Kommunalpolitik in den Medien
- Kommunikation im öffentlichen Raum
- Demokratie braucht Mehrheiten – zwischen Konsens und Konflikt

Schulstraße 5
02977 Hoyerswerda

Tel.: 03571-407217
Fax: 03571-407219

bks@bks-sachsen.de
www.bks-sachsen.de

mit renommierten und erfahrenen Referenten
(Termine und Veranstaltungsorte individuell vereinbar)



DER ABSCHIEBE-MINISTER

Am Rande der Innenministerkonferenz in Schleswig-Holstein wurde der sächsische Innenminister Roland Wöllner mit dem Negativpreis „Abschiebeminister 2019“ bedacht. Wir sagen: Herzlichen Glückwunsch, lieber Roland.

Vom 12. bis 14. Juni trafen sich in Kiel die Innenminister der Länder zur Innenministerkonferenz. Zeitgleich treffen sich seit ein paar Jahren in der jeweils gleichen Stadt die Mitglieder und weitere Aktive der Organisation Jugend ohne Grenzen – kurz JoG. JoG ist ein Zusammenschluss von jugendlichen Flüchtlingen aus der gesamten Bundesrepublik. Ihre Ziele und Forderungen sind unter anderem Bleiberecht für alle, Rückkehrrecht für abgeschobene Flüchtlinge, die Legalisierung von Menschen ohne Papiere und Wohnungen für Flüchtlinge.

Auf ihrer jährlichen Konferenz küren sie den sogenannten Abschiebeminister. Dafür werden mehrere Kandidaten aus den Reihen der Innenminister auf dem Galaabend ihrer Konferenz vorgestellt und anschließend wird abgestimmt. In diesem Jahr hat Roland Wöllner mit 40,8 Prozent die meisten Stimmen erhalten. Zweiter wurde Joachim Herrmann (CSU) aus Bayern mit 26,3 Prozent und auf den dritten Platz kam Karl-Heinz Schröter (SPD) aus Brandenburg mit 16,5 Prozent. Dazu erklärt JoG zu der Verleihung: „Den Negativpreis erhält Roland Wöllner (1.147 Abschiebungen in 2018) unter anderem, da das Bundesland in das Bürgerkriegsland Afghanistan abschiebt, er „sobald wie möglich“ auch nach Syrien abschieben will und statt dem Rassismus in Sachsen entschieden entgegenzutreten, diesen durch seine Lagerpolitik weiter

befeuert. Sachsen hat als eines der ersten Bundesländer ein Anker-Zentrum eingerichtet, in denen Flüchtlinge von der Gesellschaft isoliert werden und in einem Klima der Angst und Verzweiflung leben müssen.“

Ein Minister, der Recht und Gesetz konsequent durchsetzt ist für uns keinesfalls negativ zu werten. Roland Wöllner ist ein Minister, der seine Aufgabe ernst nimmt und sich für unser Land einsetzt. Es freut uns sehr, dass wir in unseren Reihen einen solchen Minister haben und gratulieren ganz herzlich zu diesem Preis.

Schaut man sich die Arbeit des sächsischen Innenministeriums der vergangenen Monate genauer an, zeigt sich ein anderes Bild, als JoG es in der Erklärung zum Preis zu zeichnen versucht. Sachsen hat nach Bayern als eines der ersten Bundesländer Anker-Zentren aufgebaut. Diese stehen für An(kunft), k(ommunale Verteilung), E(ntscheidung) und R(ückführung) von Geflüchteten. In diesen Zentren sollen Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf), der Bundesagentur für Arbeit, der Jugendämter sowie Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichte angesiedelt sein und Antragsverfahren möglichst schnell und mit kurzen Wegen für alle Beteiligten bearbeiten können. 1.000 bis maximal 1.500 Personen sollen in einem Zentrum untergebracht werden.

Der Aufenthalt soll maximal 18 Monate dauern, bei Familien mit minderjährigen Kindern nur sechs Monate. Unbegleitete Minderjährige werden direkt nach der Altersbestimmung durch Jugendbehörden in Obhut genommen.

Momentan schiebt Sachsen, genauso wie Bayern, neben Straftätern, islamistischen Gefährdern und Menschen, die eine falsche Identität angegeben hatten, auch abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan ab. In Einzelfällen tun dies ebenso Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Für Abschiebungen nach Syrien ist die Situation vor Ort noch zu gefährlich. Zur Bewertung werden die regelmäßigen Lageeinschätzungen des Auswärtigen Amtes herangezogen. Erst wenn die Sicherheitslage es zulässt, kann nach Syrien wieder abgeschoben werden. Aber auch dann gilt: geltendes Recht muss durchgesetzt werden.

Roland Wöllner machte auf der Innenministerkonferenz zusätzlich Vorschläge, wie Länder und Kommunen sich stärker im Kampf gegen Fluchtursachen vor Ort einsetzen können. Ein Ansatz wären Partnerschaften zwischen Kommunen und Städten zur Hilfe in Entwicklungs- und Schwellenländern. Ein anderer wären kommunale Unternehmen, die in den Bereichen Wasser, Abwasser, Entsorgung und Energie vor Ort unterstützen können. Auch hier könnte Sachsen vorangehen. Ob es dann wieder einen Preis von JoG gibt?

EINMAL JU'LER IMMER JU'LER

Auf dem Landestag in Chemnitz haben wir unseren Freundeskreis der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien gegründet und gleich die Chance genutzt, erste Mitglieder aufzunehmen.

Was zeichnet einen Großteil der besten Universitäten der Welt aus? Richtig, sie haben gut gepflegte Alumninetzwerke. Dadurch bleiben ehemalige Absolventen untereinander in Kontakt, sie lernen die Absolventen anderer viel späterer oder früherer Jahrgänge kennen und nicht zu vergessen: sie geben etwas zurück. In Form von Erfahrungen, Möglichkeiten des Berufseinstiegs oder schlicht und einfach in Form finanzieller Unterstützung an die aktuellen Jahrgänge.

Gleiches gibt es nun auch bei der JU Sachsen. Auf unserem 42. Landestag in Chemnitz haben wir offiziell den Freundeskreis der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien gegründet. Eine Vielzahl der Verantwortungs- und Mandatsträger der Sächsischen Union haben ihre ersten politischen Schritte und Erfahrungen bei der JU gemacht und sind dieser bis heute eng verbunden. Andere hat es in Wirtschaft, Verbände oder Verwaltung gezogen und sie gehen dort mit christlich-demokratischem Weltbild ihrer Arbeit nach. Diese Verbun-

denheit haben wir mit dem Freundeskreis institutionalisiert und werden ihm in der kommenden Zeit mehr und mehr Leben einhauchen.

„Wie bei jedem Netzwerk lebt die Struktur von der Menge und der Qualität der Teilnehmer.“

Das Projekt war bereits in vergangenen Jahren Gegenstand von Überlegungen des Landesvorstandes und konnte nun endlich realisiert werden. Vorbild waren die Freundeskreise der Kreisverbände Dresden und Leipzig, sowie einiger anderer JU-Landesverbände. Mit exklusiven Treffen, persönlichen Einladungen zu den Veranstaltungen der JU Sachsen und regelmäßigen Informationen aus dem Landesverband wollen wir anfangen und das Netzwerk Stück für Stück stärken.

Wie bei jedem Netzwerk lebt die Struktur von der Menge und der Qualität der Teilnehmer. Deshalb haben wir gleich auf dem Landestag angefangen, erste Mitglieder zu werben. Den Vorsitz des Freundeskreises hat Christian Piwarz übernommen. Als ehemaliger JU-Landesvorsitzender, Dresdner Landtagsabgeordneter, langjähriger Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion und amtierender Staatsminister für Kultus war er dafür mehr als prädestiniert. Es freut uns sehr, dass Christian dabei ist und wir freuen uns auf die gemeinsame Zeit und das Erreichen erster Ziele.

Getreu dem Motto „Einmal JU'ler immer JU'ler“ folgten unser Ministerpräsident Michael Kretschmer, der Vorsitzende der Landtagsfraktion Christian Hartmann, CDU-Generalsekretär





Alexander Dierks und der langjährige Europaabgeordnete Dr. Peter Jahr als Gründungsmitglieder. Zudem traten einige aktive JU'ler in den Freundeskreis ein, welche die Arbeit des Landesverbandes auf diese Art in besonderer Weise unterstützen. All den bestehenden und künftigen Unterstützern gilt unser großer Dank.

Im Sommer soll ein erstes Treffen der Freundeskreismitglieder mit dem Landesvorstand und den Kreisvorsitzenden stattfinden. Wenn ihr also Mitglieder in euren Reihen habt, die an der Altersgrenze nagen und alle lebensverlängernden Maßnahmen bereits vollzogen wurden, schreibt sie nicht ab, sondern drückt ihnen einen unserer Anträge in die Hand oder schickt sie auf unsere Homepage und lasst sie Mitglied

unseres eigenen Alumninetzwerkes werden. So bleiben sie uns und wir ihnen erhalten. Gemeinsam machen wir die JU noch stärker und geben der Sächsischen Union ein Fundament für den Nachwuchs.

„Gemeinsam geben wir der Sächsischen Union ein Fundament für den Nachwuchs.“

ANZEIGE



CDU

**YVONNE
MAGWAS**
Bundestagsabgeordnete
für das Vogtland
Wahlkreisbüro Auerbach
Altmarkt 4, 08209 Auerbach
www.magwas.de



CDU

**MARCO
WANDERWITZ**
Bundestagsabgeordneter für
Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II
Wahlkreisbüro
Schulstraße 32 (Eingang Külz-Platz)
09337 Hohenstein-Ernstthal
twitter.com/wanderwitz

EHRENAMT IM SPORT

Julian Schiebe und Christoph Herrich sind als Schiedsrichter fast jedes Wochenende für den Fußball unterwegs. Hinzu kommt ihr Engagement in unterschiedlichen Funktionärspositionen. Hans-Jürgen Rosch sprach mit ihnen über ihr Ehrenamt und wie man ehrenamtliche Strukturen in Sachsen stärken kann.



Julian Schiebe ist 24 Jahre alt, wohnt in Pirna und studiert den Master Politik und Verfassung an der TU Dresden. Er ist Mitglied der JU Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Beisitzer im Landesvorstand der JU Sachsen.

Lieber Julian, was machst Du beim Kreisfußballverband?

Julian: Ich bin Präsident des Kreisfußballverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Im März 2019 wurde ich von den achtundfünfzig Vereinen des Kreisverbandes gewählt und bin somit Vorsitzender von neuntausend Mitgliedern.

Seit wann bist Du beim Kreisfußballverband aktiv?

Julian: Präsident bin ich seit August 2018 und davor war ich vier Jahre Vizepräsident. Angefangen, Fußball zu spielen, habe ich mit sechs Jahren, mit dreizehn Jahren wurde ich Schiedsrichter. Mit sechzehn Jahren bin ich in den Schiedsrichterausschuss gekommen und so ging es langsam immer weiter.

Und Du, Christoph, was ist Deine Tätigkeit im Kreisfußballverband?

Christoph: Ich bin stellvertretender Vorsitzender des Schiedsrichterausschusses des Kreisfußballverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Lehrwart. Das heißt, ich organisiere die Lehrveranstaltungen und bilde den Schiedsrichternachwuchs aus. Vorher habe ich mich um die Talentförderung der Schiedsrichter gekümmert. Schiedsrichter bin ich seit 2005 und aktuell pfeife ich in der Kreisoberliga, da ich den Fokus auf die Funktionärstätigkeit lege.

Und Du, Julian? Welche Ligen pfeifst Du?

Julian: Als Schiedsrichter pfeife ich in der Landesklasse und als Assistent bin ich bis zur Oberliga aktiv, also in ganz Ostdeutschland. Damit komme ich auf fünfzig bis sechzig Spiele im Jahr – teilweise also auch zwei Spiele am Wochenende.

Entlohnt wird ein Schiedsrichter eher durch eine Aufwandsentschädigung als durch einen Lohn. Vergleicht man eure Tätigkeit mit den Spielern, die den Sport als Hobby oder teilweise als Nebenverdienst machen, steckt viel Ehrenamt in eurem Engagement. Was habt ihr diesbezüglich für Strukturen? Kämpft ihr zum Beispiel auch mit Nachwuchsproblemen?

Julian: Mir geht es vor allem darum, eine Anerkennungsstruktur für das Ehrenamt zu entwickeln. Die CDU geht mit der Unterstützung der Feuerwehren und ihrer Herzblutkampagne dabei bereits in die richtige Richtung und würdigt das Engagement der Aktiven. Fast alle Fußballvereine in Sachsen sind rein ehrenamtlich organisiert. Der finanzielle Aspekt ist ganz nett, aber er ersetzt keineswegs die gesellschaftliche Anerkennung. Da sollte etwas passieren und dafür setze ich mich auch persönlich ein.

Christoph: Das Hauptproblem ist nicht die Entschädigung, sondern die Anerkennung. Durch die mangelnde Anerkennung hat man große Probleme, Nachwuchs zu generieren. Wir arbeiten aber mit gezielten Kampagnen in den Vereinen daran, dass der Ruf und die Anerkennung der Schiedsrichter besser werden. Viele Menschen engagieren sich in den Vereinen, weil es ihnen Spaß macht und sie etwas weitergeben oder zurückgeben möchten. Hinzu kommt bei den Nachwuchsschiedsrichtern, dass sie schnell lernen, sich auch in schwierigen Situationen durchzusetzen und somit enorme Fortschritte bei der Persönlichkeitsentwicklung machen. Bei mir persönlich hat sich dadurch der Berufswunsch des Polizisten ergeben und während meiner Bewerbung wurde positiv aufgenommen, dass ich aktiver Schiedsrichter bin.

Julian: Ich möchte auch gerne noch einen weiteren Punkt zum Ehrenamt einbringen. Vor allem in den



Christoph Herrich ist 27 Jahre alt, wohnt in Dresden und absolviert eine Ausbildung zum Polizeivollzugsbeamten an der Polizeifachschule in Schneeberg. Er ist Beisitzer im Kreisvorstand der JU Dresden und im Landesvorstand der JU Sachsen.

ländlichen Regionen sind Vereine die Keimzelle der Gesellschaft. Das sind die Orte, in denen gesellschaftliches Leben stattfindet und deshalb bin ich dafür, dass man das unterstützt. Das schafft man im Kleinen mit einer Anerkennungskultur und im Großen zum Beispiel mit Steuererleichterungen für ehrenamtlich Tätige.

Wie sieht es mit dem Kontakt zur Bundesebene aus? Der DFB ist der größte Verein Deutschlands und steht aktuell eher in der Kritik.

Julian: Eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit ist der DFB-Amateurfußballkongress, auf dem ich im Frühjahr für drei Tage in Kassel war. Dort nehmen etwa dreihundert Delegierte teil.

Auf der anderen Seite musste man aber leider wirklich beobachten, dass eine Entfremdung zwischen Basis und Profibereich stattgefunden hat. In der FIFA können wir über justitiable Korruption sprechen und das deutsche Sommermärchen 2006 hat einen faden Beigeschmack bekommen. Jeder Profi ist irgendwann aus einem Amateurverein entsprungen und sollte nicht vergessen, wo seine Wurzeln liegen.

Wie ist bei den Schiedsrichtern der Austausch zwischen Basis und Profischiedsrichtern?

Christoph: Wir haben in Kooperation mit dem Stadtverband Dresden, der größere Veranstaltungen organisiert, sehr gute Möglichkeiten des Austauschs mit Profischiedsrichtern. Mit Alexander Sather aus Grimma gibt es einen Schiedsrichter, der in der zweiten Bundesliga pfeift und fest im Kollektiv von Bibiana Steinhaus in der ersten Bundesliga etabliert ist. Dadurch ergeben sich viele Berührungspunkte und eine Entfremdung findet nicht statt. Meiner Meinung nach haben wir eine bessere Zusammenarbeit bei den Schiedsrichtern, als sie aktuell bei den DFB-Funktionären läuft.

Wie ist der Frauenanteil bei den Schiedsrichtern im Landesverband und zugespitzt: Wann kommt die erste Bibiana Steinhaus aus Sachsen?

Christoph: Ich denke, wir sind im Frauenbereich sehr gut aufgestellt. Es ist aber leider noch immer so, dass Frauen als Schiedsrichter etwas Besonderes sind. Durch die relativ geringen Zahlen bieten sich schnelle Aufstiegsmöglichkeiten. Wir gewinnen regelmäßig neue Interessentinnen und auch im bundesweiten Spitzenbereich sind sächsische Schiedsrichterinnen gut vertreten.

Was würdest Du Dir von der Politik für Deinen Kreisfußballverband wünschen?

Julian: Generell wünsche ich mir mehr Unterstützung für das Ehrenamt und da sollte man laut über eine Steuererleichterung nachdenken. Für den Landessportbund wurden zum Beispiel die Übungsleiterpauschalen erhöht. Auf diese erhöhten Pauschalen müssen aber auch wieder Steuern gezahlt werden. Dann lasst uns doch lieber die Steuern senken und damit konkrete Anreize schaffen.

Eine weitere Möglichkeit wären gesetzlich verankerte Fortbildungstage für Ehrenamtler. Das beides wären konkrete Maßnahmen, die spürbar sind.

Und wie kann man die Schiedsrichter von Seiten der Politik unterstützen?

Von der Politik aus konkret auf die Schiedsrichter einzuwirken ist schwierig. Daher würde ich mir wünschen, generell für die Anerkennung des Ehrenamtes zu werben, gleich, in welchem Bereich man sich für unsere Gesellschaft unentgeltlich einbringt. Diese Anerkennung schafft Interesse am Engagement und generiert neue Aktive, davon bin ich überzeugt.



DIE CDU-GEISELNAHME

Ein Kommentar zur Europawahl von Johannes Schwenk und Willi Patzelt.



Johannes Schwenk ist stellvertretender Kreisvorsitzender und Pressesprecher der JU Dresden.



Willi Patzelt ist Vorsitzender der Schüler Union Dresden.

Wenn das Entführungsoffer einer Geiselnahme ein emotional positives Verhältnis zu seinen Entführern aufbaut, spricht die Psychologie vom „Stockholm-Syndrom“. Trägt die CDU das historisch niedrigste EU-Wahlergebnis vom Platz, spricht die Parteispitze von der „stärksten Kraft“. Die CDU befindet sich in Geiselnahme einer verzerrten Wahrnehmung und scheint sich seltsamerweise in dieser Position zu gefallen.

Es gibt an dieser Europawahl absolut nichts zu beschönigen. Das Ergebnis steht stellvertretend für den gegenwärtigen Tiefflug der bundesdeutschen Volksparteien. In den ost- und westdeutschen Ländern fand eine Zäsur statt, die in Sachsen in einer beispiellosen CDU-Niederlage gipfelte – und weiterhin gipfeln wird, wenn nicht aus den Fehlern gelernt wird.

Mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen entbehrt diese andauernde Krise jeder Übertreibung und lädt zur Demut und überfälliger Reflexion ein, um Kraft und Mut zu schöpfen. Neben dem christdemokratischen Sinkflug hat die SPD ihren bundespolitischen Zusammenbruch fortgesetzt. Während Linke und FDP nur geringe Schwankungen verzeichneten, konnten die parteipolitischen Antipole der Grünen und der AfD deutliche Zugewinne erzielen.

Abseits einer wahrgenommenen und in der CDU als Monstranz vor sich hergetragenen „stärksten Kraft“, versinnbildlicht das Wahlergebnis abermals den tiefgreifenden Wandel im deutschen Parteiensystem. In Sachsen äußert sich dieser wohl am deutlichsten. Der Wandel ist von klassischen, gesellschaftspolitischen Konfliktlinien geprägt, welche im Europawahlkampf wieder aufgebrochen sind.

Die Linienführung ist in ihrer Breite und Länge unübersehbar. Nicht zu überhören im, als „entscheidend für Europas Zukunft“ postulierten Wahlkampf, waren die gegensätzlichen Rufe nach einem souveränen Nationalstaat, mit einem in sich geschlosse-

nen Kulturkanon einerseits, einer anstandslosen voranschreitenden Globalisierung, Europäisierung und Migration anderseits.

Entlang polarisierter Gegensätze – vertreten von Grünen und AfD – aber auch gesellschaftlicher Großprojekte, wie der europäischen Einigungsfrage oder Bewältigung des Klimawandels, organisieren sich junge und alte Wählerschichten neu. Hilflös wirkend versucht die Parteispitze mit antiquierten Erklärungsmustern, inhaltlich inkohärenten Herangehensweisen, aber auch strukturellen Kommunikationsdefiziten, eine gesamtdeutsche Antwort für das CDU-Ergebnis zu finden. Beinahe anmutig und doch so verzweifelt erstarrt sie dabei in einem zitterigen Spagat zwischen der eroberten linken Mitte und dem rechten Rand.

Entlang des Umschichtungsprozesses haben Grüne und AfD in sich kohärente Positionen eingenommen und Linke, wie Liberale haben thematische Nischen besetzt. Lediglich die Union und SPD zerreibt es von innen und außen. So kann die CDU bei kommunalen bis europäischen Wahlen nicht mehr das mehrheitlich bürgerliche Lager abrufen und glaubwürdige Antworten kommunizieren.

„Es gibt an dieser Europawahl absolut nichts zu beschönigen.“

Gleichzeitig ächzt die Partei unter dem seit Jahren andauernden inhaltspolitischen Spagat. Hierfür exemplarisch ist die EU-Finalitätsdebatte zwischen einer national- und bundesstaatlichen Lösung. Mit einer beachtlich dogmatisch vollführten „Weiter-so“-Haltung versucht(e) sich die Union zwischen nationalstaatlichen bewahrenden und überwindenden Haltung zu positionieren.

In Ermangelung inhaltlicher Festlegungen und der gleichzeitigen Umschichtung des Parteiensystems setzen die (ehemaligen) Volksparteien ihren Verfallsprozess erfolgreich fort und tragen zur weiteren Zerstückelung der politischen Mitte bei – das Resultat einer von der CDU im Bund verordneten diskursiven Fastenzeit.

Dieser Prozess verschärft sich mit der Polarisierung zwischen einem faktisch westlichen und östlichen Wahlgebiet, welchem die Union hilflos gegenübersteht. Die Herausforderungen vervielfachen sich über Konflikte wie West gegen Ost, Grüne gegen AfD, Unter- gegen Oberschicht, Wendegewinner gegen -verlierer oder auch Erst- gegen Letztwähler. Diese Entwicklungen scheint die CDU weder in der nötigen Deutlichkeit zu reflektieren, noch zu einer Korrektur zu veranlassen, um auch zukünftig einen Stabilitätsanker im liberal-konservativen Lager zu bilden. Stattdessen entschärft sich die CDU in Spagathaltung fortlaufend selbst und trägt mit inhaltlichen, wie kommunikativen Ausfällen zur Entkopplung ganzer Wählerschichten bei.

Die Fehlentwicklungen und Herausforderungen von parteilicher, wie bundesdeutscher, Natur potenzieren sich. Dabei erweckt sich zunehmend der Eindruck, dass die CDU-Bundesführung erhebliche Schwierigkeiten hat und der Wille fehlt, sowohl das niederschmetternde Europaergebnis zu reflektieren, als auch längerfristige Ursachenforschung zu betreiben und Korrekturen einzuleiten. Die Partei hat sich in eine Sackgasse der Glaubwürdigkeit manövriert. Alleinig bundesdeutsche Durchschnittsbetrachtungen und akrobatischen Haltungen verharmlosen die hochbrisante Gefechtslage, wie auch die parteipolitischen Herausforderungen, zwischen Ost und West.

Exemplarisch für diese Reflexionslücke ist, dass die Junge Union zu weit nach rechts gerückt sei oder die WerteUnion die Wählerwahrnehmung verblendet hätte. So manche Analysen aus

dem Konrad-Adenauer-Haus im Nachgang sind Ausdruck der Unkenntnis einer unglaublichen Vergrünung und Sozialdemokratisierung der letzten Jahre.

Diese völlige Verkennung von Realitäten macht die CDU zu einer Geisel ihrer selbst, indem sie sich selbst auf Felsen entführt hat, welche originär weder zum ideologischen Kerngehäuse passen, noch nachdrücklich zur eigenen Agenda gemacht wurden. Statt sich zu befreien, wird weiterhin versucht, die eigenen Sackgassenpositionen mit überholten Verhaltensmustern zu begründen, ja sogar gegenüber dem eigenen Klientel und der Mitgliedschaft vehement zu verteidigen.

Das bedeutet nicht, dass sich nicht mit der Verpflichtung zur Wahrung der Schöpfung auseinandergesetzt werden soll. Stattdessen müssen aber eigene und klar umrissene Positionen entlang einer modernen (!) christdemokratischen Grundhaltung gestaltet und auch modern (!) kommuniziert werden.

Anstatt also den Parteienachwuchs weiter zu verdünnern, muss die Partei grundsätzlich inhaltlich, strukturell und personell neu vermessen sowie die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Denn am Ende sind es die vorausschauenden Planungen und Handlungen, welche der CDU als immerwährende Stabilitätsattribute ausgezeichnet hatte.

Wir brauchen einen mittelfristigen Befreiungsschlag aus der selbstverschuldeten Geiselhaft entlang einer grundsätzlichen Restauration und Loslösung aus der Realitätsverweigerung, um einen nachhaltigen Erkenntnisprozess anzuführen. Dabei kann ein Blick auf die gegensätzliche Entwicklungsgeschichte unserer europäischen Nachbarn hilfreich sein: **Der Niedergang der Französischen Union pour un mouvement populaire (UMP) und der Wiederaufstieg der Österreichischen Volkspartei (ÖVP).**

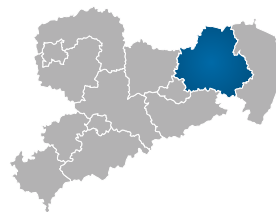
ANZEIGE



BERICHTE AUS DEN KREISVERBÄNDEN

BAUTZEN

EINFACH MAL „DANKE“ SAGEN!

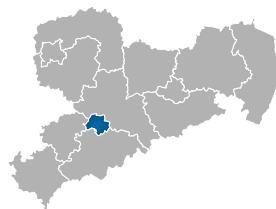


Am 11. Mai verteilten wir parallel an drei Orten im Landkreis Bautzen (Lauta, Bautzen und Hoyerswerda) hunderte Rosen zum Muttertag und unterstützten somit tatkräftig die Wahlkampfstände und Kandidaten zu den Kommunalwahlen vor Ort. Mit den Rosen konnten wir nicht nur rund 600 Müttern, Großmüttern und Ur-Großmüttern ein Lächeln ins Gesicht zaubern, sondern nutzten die Chance, ihnen einfach mal „Danke“ zu sagen!

Weiter ging es am 2. Juni zum Kinderfest im Zoo Hoyerswerda. Bei bestem Wetter verteilten wir Überraschungseier an die Kleinen und sorgten so für leuchtende Kinderaugen. Rundum gelungene Aktionen!

CHEMNITZ

CHEMNITZ IM ZEICHEN DES JU-LANDESTAGES UND DER STADTRATSWAHL



Es war bisher ein sehr ereignisreiches Jahr für die JU Chemnitz. Noch vor wenigen Wochen durften wir über 100 JU'ler aus ganz Sachsen zum 42. Landestag in Chemnitz begrüßen. Neben den Diskussionen mit unseren Rednern, den vielen interessanten Gesprächen und natürlich dem neu gewählten Landesvorstand, freut uns ganz besonders, dass unser Antrag „Für ein nachhaltiges Sachsen!“ eine so große Zustimmung erfahren hat. Wir wünschen Florian Oest und seinem Team alles Gute für die anstehenden Aufgaben. Für die Zukunft hoffen wir auf einen weiterhin engen Austausch mit den Kreisverbänden sowie auf eine stärkere inhaltliche Positionierung.

Bei den anstehenden Aufgaben, vor allem mit Blick auf die Landtagswahl, muss es darum gehen, die richtigen Schlüsse aus dem Ergebnis der Europa- und Kommunalwahl zu ziehen. Diese waren mehr als ein Denkkettel. Dennoch freut es uns,

dass die Chemnitzer Union erneut die stärkste Fraktion im Stadtrat bilden wird, auch wenn dieser mit unserem Kreisvorsitzenden Renzo Di Leo leider nur ein JU'ler angehört. Wir sind wahnsinnig stolz auf 6.624 JU-Stimmen, unser Lohn für einen sehr engagierten Wahlkampf. Wir sehen dies gleichzeitig als Aufruf, uns in Zukunft noch intensiver in die Stadtpolitik einzumischen und für JUnge Themen zu streiten.



DRESDEN

NACH DEM WAHLKAMPF IST VOR DEM WAHLKAMPF.



Der Ausgang der Kommunal- und Europawahl kann kein Grund zur Freude, für eine Pseudo-Feierstimmung, oder ein dumpfes „Weiter-So“ sein, muss aber als Ansporn verstanden werden, noch energischer und motivierter im Sommer um Dresden und Sachsen zu kämpfen.

Dresden hat gekämpft. Auf der Straße, in der Partei und im Netz. In einer großangelegten Onlinekampagne haben wir etwa 200.000 Dresdner erreichen und damit zumindest den Online-diskurs bestimmen können. Das ist zumindest ein Erfolg. Nach der Landtagswahl werden wir in Dresden Konsequenzen ziehen. Wir werden uns für ein Umdenken in der Mutterpartei einsetzen, einen Reformkurs begleiten und uns mit Blick nach Berlin für eine generelle Restauration stark machen.

Das Positive an einem Superwahlkampfjahr ist, dass wir im Sommer direkt die nächste Möglichkeit haben, einen Wahlkampf zu bestreiten. Dreifach hält bekanntlich besser. Gerade weil ein vermutlich virulenter und intensiver Wahlkampf zu erwarten ist, brauchen wir gerade das, was uns besonders macht: **unsere Gemeinschaft und unsere Vielfalt!**

GÖRLITZ

GEMEINSAMER JU-AKTIONSTAG IN GÖRLITZ

Die Wahlen am 26. Mai waren das erste Stimmungsbild nach der Bundestagswahl von 2018. Damals hatte die CDU in den Wahlkreisen Bautzen, SOE und Görlitz die seit der Wiedervereinigung stets gewonnenen Direktmandate verloren. Weil Görlitz am selben Tag zusätzlich ein neues Stadtoberhaupt erhalten sollte, startete der Landesverband am 11. Mai einen Aktionstag, um den bundesweit beachteten Wahlkampf an der Neiße zu unterstützen. Ein 10-köpfiges Team der JU Dresden half den Kandidaten und Helfern einen Tag lang an Infoständen, beim

Plakatieren und Verteilen von Flyern. Über den Marienplatz, an dem sich CDU und AfD seit Monaten wöchentlich gegenüberstanden, ging es auf den Sportplatz in Hagenwerder, wo sich der FC Landtag zu einem Freundschaftsspiel eingefunden hatte. Der engagierte Einsatz zeigte seine Wirkung: Florian Oest erlangte ein Kreistagsmandat und Octavian Ursu schaffte es im zweiten Wahlgang zum neuen Oberbürgermeister. Unseren herzlichen Dank an die Freiwilligen! Es ist dieser Teamgeist der uns wieder zur stärksten Volkspartei werden lassen kann!

ANZEIGE





Sebastian Fischer

Jan Löffler

Mitglieder des Sächsischen Landtages

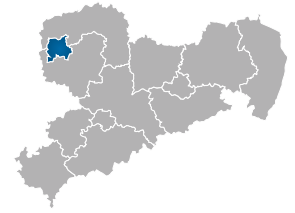


selbstständiger Küchenmeister
Verbraucherschutzpolitischer Sprecher
Weinpolitischer Sprecher
Salzgasse 2
01558 Großenhain
sebastian.fischer@slt.sachsen.de
Tel.: 03522 - 38883
Fax: 03522 - 38884
www.sebastianfischer.info

Bankkaufmann / Betriebswirt (VWA)
Haushalts- & Finanzausschuss
Innenausschuss
Kirchplatz 8
08412 Werdau
jan.loeffler@slt.sachsen.de
Tel.: 03761 - 477936
Fax: 03761 - 477935
www.jan-loeffler.info

LEIPZIG

JUNGE UNION LEIPZIG - TEAMSTARK IM WAHLKAMPF



Wir haben als JU Leipzig in der heißen Wahlkampfphase mit unseren Spitzenkandidaten und Unterstützeraktionen für die Ortsverbände zusammen über 100 Wahlkampftermine geliefert, über 50.000 eigene Kandidatenflyer verteilt, eine landesweite JU-Plakatkampagne angestoßen, 5000 Plakate gehangen, tägliche Infostände und Aktionen organisiert. Wir haben alles rausgeholt, um die CDU zu pushen. Im Ergebnis konnten zwei JU'ler ihr Stadtratsmandat in einer für uns schwierigen politischen Stimmungslage verteidigen und insgesamt dreizehn CDU-Stadträte ins Leipziger Rathaus einziehen.

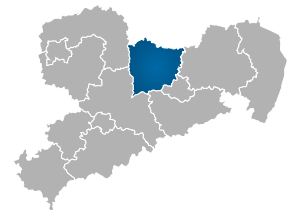
Sechs Stadträte haben ihr Mandat jedoch verloren. Es ist unsere naturgemäße Aufgabe als JU, dieses schlechte Ergebnis unserer Partei kritisch zu hinterfragen. Aktuelle Themen wie

Klimaschutz, Wohnungsmangel und Verkehr oder die Art und Weise, wie Menschen in unserem Land in der digitalen oder analogen Welt mit politischen Themen angesprochen werden wollen, haben sich stark verändert. Der CDU fehlt es dafür an kreativen Antworten! Es ist zwingend nötig, dass mehr junge Menschen sowohl in der Partei und in der Gesellschaft Gehör und Einfluss finden. Die CDU braucht uns, um auf diese neuen Fragen richtige Antworten zu finden.

Nichtsdestotrotz stehen wir vor wegweisenden Landtagswahlen und haben keine Zeit, uns zu lange mit uns selbst zu beschäftigen. Wir brauchen eine schnelle Analyse und einen noch besseren und engagierteren Wahlkampf bis September.

MEISSEN

STARKER WAHLKAMPF BEI DER JUNGEN UNION MEISSEN



verteilt. Letztlich können wir uns über das gute Abschneiden unserer Kandidaten freuen, von denen es einige in Kreistag oder Stadt- und Gemeinderäte geschafft haben.

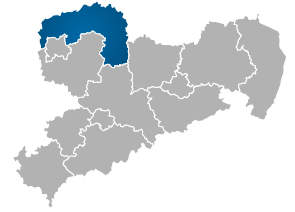
Neben dem Wahlkampf haben wir uns mit der Erweiterung unserer Dialogformate beschäftigt und damit wieder einen Stammtisch zur generellen politischen Lage ins Leben gerufen. Beim ersten Stammtisch konnten wir mit Sebastian Fischer einen sehr engagierten Diskutanten gewinnen.

Bereits kurz nach der Wahl des neuen Kreisvorstands der Jungen Union Meißen wartete die Planung von großen Projekten im nahenden Kommunalwahlkampf auf uns. Auf den Listen der CDU traten hierbei Kandidaten der Jungen Union Meißen sowohl für den Kreistag als auch für Gemeinde- und Stadträte an. Für die CDU und insbesondere für unsere jungen Mitglieder wurde kräftig plakatiert, aufgeklärt, mit Menschen über den Gartenzaun gesprochen und tausende Flyer



NORDSACHSEN

MIT-GESTALTEN UND AUF KOMMUNALER EBENE VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN!



Die Kommunal- und Europawahl war auch für die JU Nordsachsen das vorherrschende Thema im Mai. Dank eines engagierten Wahlkampfes konnten einige unserer Mitglieder sehr gute Ergebnisse erzielen - sechs von ihnen wurden in Gemeinderäte, einer in den Kreistag gewählt. Für alle heißt es nun anpacken und perspektivisch Verantwortung auf kommunaler Ebene übernehmen. Aktiv die Wirtschaft MIT-gestalten heißt es in den nächsten zwei Jahren für Daniel Knischourek, der an

die Spitze des MIT-Kreisverbands Nordsachsen gewählt wurde und damit jüngster Kreisvorsitzender der neuen Bundesländer ist. Unser stellvertretender JU-Vorsitzender freut sich: „Als Dipl. Betriebswirt und Wirtschaftspsychologe ist die Mittelständische Wirtschaft für mich eine Herzensangelegenheit. Ich freue mich auf die vor mir liegenden Herausforderungen und darauf, in den nächsten zwei Jahren Sprachrohr für die Unternehmer meiner nordsächsischen Heimat zu sein.“

SÄCHSISCHE SCHWEIZ-OSTERZGEBIRGE

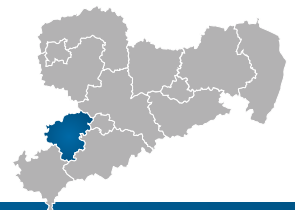
WAHLKAMPF FÜR EUROPA, KOMMUNE UND DEN FREISTAAT

Sächsische Schweiz-Osterzgebirge beim JU-Europacamp in Hannover mit dem (damaligen) Bundeskanzler der Republik Österreich, Sebastian Kurz, und dem EVP-Spitzenkandidaten Manfred Weber - sehr inspirierend. Hauptaufgabe im Landkreis war für uns der Europa- und Kommunalwahlkampf, den wir tatkräftig unterstützten. Jetzt steht der Landtagswahlkampf an, den wir mit den vier Wahlkreisabgeordneten für diesen Sommer vorbereiten - es heißt Anpacken für ein gutes Ergebnis.



ZWICKAU

NEUN MANDATE FÜR DIE KANDIDATEN DER JU ZWICKAU ZU DEN KOMMUNALWAHLEN



Zu den vergangenen Kommunalwahlen trat der Kreisverband der Jungen Union Zwickau erstmalig mit einer eigenen Kampagne an. Ziel war es, den jungen Kandidaten der CDU eine besondere Plattform zu bieten und sie mit individuellen Werbemitteln im Wahlkampf zu unterstützen. So konnte die Junge Union Zwickau insgesamt 28 Kandidaten auf den Listen der CDU stellen. Inhaltlich setzte die JU beispielsweise Akzente mit ihren Forderungen nach einem kostenlosen Erste-Hilfe-Kurs im Rahmen

des Schulunterrichts, der Erstellung einer Machbarkeitsstudie zum Aufbau bestimmter 5G-Infrastrukturen durch den Landkreis und einem Rückkehrerzuschuss für Azubis und Studenten in Höhe von 500 Euro.

Somit gelang es trotz negativer bundespolitischer Einflüsse aus dem Konrad-Adenauer-Haus und hohen Verlusten der CDU insgesamt neun Mandate durch Mitglieder der Jungen Union zu besetzen. Wir gratulieren: Tobias Kraska (Glauchau), Karsten Schultz (Remse), Tronje Hagen

(Kreistag, Mülsen), Wolfgang Hilbig (Mülsen), Martin Walf (Meerane), Marvin Müller (Limbach-Oberfrohna), Daniel Bergmann (Bernsdorf) und Dr. Florian Gräßler (Kreistag).



Intelligent vernetzt

STROMSPEICHER BIGBATTERY LAUSITZ

Ein Batteriespeicher am Kraftwerks- und Industriestandort Schwarze Pumpe, der in dieser Konstellation bislang einzigartig in Europa ist: BigBattery Lausitz kombiniert moderne Kraftwerksinfrastrukturen mit Speichertechnologie in neuer Größenordnung.

Gespeichert wird Strom aus dem benachbarten Kraftwerk Schwarze Pumpe und der im Stromnetz befindliche Energiemix. So erhöhen die Batterien nicht nur die Flexibilität des Kraftwerks, sondern dienen auch der Netzstabilität. Übersteigt die Stromerzeugung kurzzeitig den Bedarf, wird aufgeladen. Reicht umgekehrt die Erzeugung vorübergehend nicht aus, speisen die Batterien Strom in das Netz ein. So können auch Schwankungen, die beispielsweise bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne entstehen, schnell ausgeglichen werden.

Damit steuert die LEAG einen weiteren wichtigen Baustein für die Systemintegration der erneuerbaren Energien bei. Erzeugung, Verbrauch und Speicherung werden intelligent vernetzt. Das Stromnetz bleibt stabil.

Primärregelleistung von
50 MW

innerhalb von
30 Sekunden
vollständig aktiviert

ab Sommer
2020
in Betrieb